



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VIII/272 - 23.11.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 1831 - 33  
Fernschreiber 039890

|                                     |      |
|-------------------------------------|------|
| Zum fünften Male EEG-Konferenz      | S. 1 |
| Zwischenphase in Frankreich         | S. 3 |
| Zur Aufhebung des Interzonen-Passes | S. 5 |
| Lobbyisten in Bonn                  | S. 6 |

## Novembernebel in Den Haag

(sp) Am 25. November tritt in der niederländischen Hauptstadt eine neue Außenminister-Konferenz zur Beratung der Europäischen Politischen Gemeinschaft zusammen. Es ist seit dem "Auftrag" des Ministerrates der Montan-Union an die Versammlung dieser Gemeinschaft vom September 1952, einen Vertragsentwurf für eine solche Europäische Politische Gemeinschaft auszuarbeiten, die 5. Konferenz in diesem Jahr zum gleichen Thema. Die letzten Zusammenkünfte fanden im August in Baden-Baden und im Oktober in Rom statt. Die bisherigen Ergebnisse sind äußerst fragmentarisch.

Für die Beurteilung der Aussichten in Den Haag ist es bezeichnend, daß der holländische Außenminister während seines Aufenthaltes in Bonn vorbeugend erklärte, die Konferenz werde zu keinen Beschlüssen kommen. Von anderer Seite hieß es schon lange vor dem Beginn der neuen Besprechungen, es würde bestimmt nicht die letzte Konferenz dieser Art sein. Am zuversichtlichsten äußerte sich noch Prof. Hallstein, der glaubt, man werde nach der Konferenz "voraussichtlich doch einen Grundriß des europäischen Hauses skizzieren können".

Die sozialdemokratische Haltung gegenüber diesem Versuch zu einer politischen Gemeinschaft der europäischen Staaten zu kommen - bei dem es sich auch wieder nur um die Zusammen-

fassung der sechs Staaten der Montan-Union und der geplanten EVG handelt - ist von Anfang an klar herausgestellt worden. Schon im September vorigen Jahres hat der Abgeordnete Wehner die Kompetenz der sogenannten ad hoc - (d.h. mit dem besonderen Zweck der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung beauftragten) Versammlung bestritten, sich gegen einen Vorgriff auf den noch nicht ratifizierten EVG-Vertrag gewandt. Unmittelbar darauf hatte der Vorstand der SPD den Versuch abgelehnt, der gemeinsamen Versammlung der Montan-Union die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung im Sinne der EVG zu übertragen, weil damit offenbar beabsichtigt sei, auf diesem Wege das umstrittene Militärbündnis in seiner bisher vorgesehenen Form politisch zu installieren. An dieser Auffassung hat sich seitdem nichts geändert.

Inzwischen ist nun viel über einen Satzungsentwurf diskutiert worden, der vorliegt, und gegen den sehr viel einzuwenden ist, z.B. der sehr deutliche Vorrang der Exekutivgewalt, die in der Praxis dauernde Begrenzung des Kreises der Beteiligten auf die sechs Länder der Montan-Union und der geplanten EVG, dann Artikel 5, der ausdrücklich die Rechtseinheit mit der EVG und der Montan-Union festlegt und der damit jeden Teilnehmer von der künftigen EPG ausschließt, der sich nicht auch den Prinzipien der Montan-Union und der EVG unterwirft. Außerdem ist die Satzung so abgefaßt, daß sie ein erneutes Hindernis gegen die deutsche Einheit aufrichtet: Artikel 1 legt die Unlöslichkeit der Gemeinschaft fest und macht damit eine Veränderung des Statutes der Bundesrepublik selbst dann unmöglich, wenn diese Änderung für die Wiedererlangung der deutschen Einheit notwendig würde. Dabei sind dies nur die drei wichtigsten Vorbehalte.

Noch in Rom haben sich zwischen den Regierungen erhebliche Meinungsverschiedenheiten ergeben und zwar weniger im Hinblick auf den künftigen Aufbau, obschon es auch hier noch manche Differenzen gibt, als vor allem im Hinblick auf die Befugnisse, insbesondere des Exekutivrates. Vom Grundsätzlichen abgesehen, ist aber auch die aktuelle politische Situation recht ungünstig. Vor allem in Frankreich ist wegen der kommenden Präsidentenwahlen und der darauf automatisch folgenden Regierungsbildung praktisch nur ein geschäftsführendes Kabinet im Amt, das sich keinesfalls binden wird. Auch die Tatsache, daß eine gute Woche später das viel bedeutsamere Gespräch auf den Bermudas folgen wird, ist ein weiterer Faktor, der die Bedeutung der Haager Konferenz abschwächt. Wenn nicht alles täuscht, wird sie in einen politisch trüben Novembernebel gehüllt sein.

"In Frankreich gehen die Uhren anders"

G.S.-Paris, Mitte November

Der Tatsache, daß die große Parlamentsdebatte wegen einer Übermüdung des Außenministers Bidault unterbrochen werden mußte, sollte keine symbolische Bedeutung beigemessen werden. Es ging ja nicht um die Ratifizierung des EVG-Vertrages, sondern nur um eine prinzipielle Stellungnahme der Nationalversammlung. Mehr noch: Soweit überhaupt eine Voraussage gewagt werden kann, könnte man sie heute, anhand der vorliegenden Elemente, so formulieren: Eine Ratifizierungsdebatte über die EVG würde eine knappe, sehr knappe Mehrheit zugunsten der europäischen Armee ergeben.

Die Betonung ist auf "knapp" zu legen, weil dieses Wort in diesem Zusammenhang eine außerordentliche Bedeutung erlangt. Eine knappe Ratifizierung würde das Unbehagen, das gegenwärtig in Frankreich herrscht, noch steigern und würde eindeutig zum Ausdruck bringen, wie gespalten und politisch zerrissen Frankreich in einer Frage ist, in der es vielleicht um das Schicksal einer Macht geht, die sich anschickt, sich ohne Begeisterung in das unvermeidlich Erscheinende zu fügen. Denn das ist der hervorstechendste Charakter der ersten wirklich ernsthaften außenpolitischen Debatte, die in Frankreich seit Kriegsende stattgefunden hat: Selbst die Anhänger der europäischen Armee heben bei jeder sich bietenden Gelegenheit hervor, daß es sich um etwas "Unvermeidliches" handle, aber eben um ein "kleineres Übel", während das "große Übel" eben jene "Alternativlösung" wäre, die man von den Vereinigten Staaten befürchtet: Die Schaffung einer deutschen Nationalarmee und der Beitritt der deutschen Bundesrepublik zur NATO.

In Frankreich, wo die Europaidee ausgearbeitet wurde und Gestalt gewann, wo Jean Monnet, von de Gaulle als "Inspirator" der europäischen Idee bezeichnet, einst als der Herr der "europäischen Geschichte" erschien, ist, wie der bisherige Verlauf der Debatte beweist, der Nationalismus noch ungeheuer stark verwurzelt. Anhänger und Gegner des EVG-Vertrages versäumten bei keiner Gelegenheit, von der "Größe" Frankreichs, von seiner "Mission" und seiner "Weltbestimmung" zu sprechen. Auch die energischsten Anhänger der europäischen Armee sind sich

darüber einig, daß keine Ratifizierung des EVG-Vertrages ohne vorhergehendes Abkommen über das Saarproblem erfolgen kann, wobei von allen, ohne Ausnahme, darauf hingewiesen wird, daß das Saarproblem auf "befriedigende Weise", d.h. unter Beibehaltung der ökonomischen Privilegien Frankreichs, gelöst werden müßte. Aus den Erklärungen Bidaults und Schumans klingt die Gewißheit heraus, daß Bundeskanzler Adenauer sich schließlich bereit finden werde, in diese "befriedigende" Lösung einzuwilligen.

Zweifelloos war diese Debatte, deren Abschluß nun für den 24. November vorgesehen ist, auch von der vermutlichen Reaktion des Auslandes, und insbesondere der Vereinigten Staaten, beherrscht. Trotz der mitunter stark unterstrichenen nationalistischen Tiraden klingt in fast jeder Rede die besorgte Frage durch: Wie werden die Vereinigten Staaten reagieren, was wird, nicht nur aus Europa, sondern auch aus Indochina werden? Zwei Probleme, die ja in Frankreich - und nicht zu Unrecht - nie getrennt voneinander behandelt werden.

Und schließlich: Die Kluft geht durch alle Parteien. Bei den Radikalen: Deladier gegen René Mayer; bei den Sozialisten: Guy Mollet gegen Jules Moch und Daniel Mayer; bei den Volksrepublikanern: die Mehrheit gegen André Denis und dessen Freunde von den christlichen Gewerkschaften; bei den Gaullisten und Konservativen das gleiche Bild.

Was aber am wichtigsten als Zwischenbilanz dieser Debatte erscheinen muß, ist die von de Gaulle und Deladier offen vertretene These von einem Wiederaufleben des "immer noch gültigen" französisch-sowjetischen Beistandsvertrages. Sie hat mehr Anhänger im französischen Parlament, als vermutet werden konnte. Und nicht von ungefähr widmete Außenminister Bidault einen wesentlichen Teil seiner Rede der Widerlegung dieser "Möglichkeit" ... Die Furcht vor einem Wiederaufleben des deutschen Nationalismus ist bei großen Teilen des französischen Volkes (sicher nicht bei der Mehrheit) offensichtlich größer als die Angst vor einer sowjetischen Expansion. In dieser Feststellung ist einer der Gründe für das Schisma zu suchen, das Frankreich heute als Spielball und nicht als selbständig denkende und agierende Macht erscheinen läßt. Wie es ein Chronist in unheimlich treffender Weise ausdrückte: "In Frankreich gehen die Uhren anders..."

Wie die Debatte auch ausfallen möge: Die Regierung wird nicht in der Lage sein, von einem "Sieg" des europäischen Gedankens zu sprechen.

+ + +

Teilerfolg im Interzonenverkehr

(sp) Am 21. November 1953 - lt. Poststempel von Düsseldorf um 15 Uhr - versandte die Kommunistische Tarnorganisation "Bund der Deutschen" einen Kommentar "Der Interzonenpaß bleibt". Mit bewegten Worten wird darin die Richtigkeit der Auffassung der Pankower Regierung gefeiert, den Interzonenpaßzwang nicht aufzuheben, weil es "kaum zu erwarten ist, daß die Regierung in Ost-Deutschland ihre Grenzen öffnet, wenn sie nicht Freundschaft und gegenseitiges Vertrauen, sondern Spionagetruppe und Sabotage erwarten muß". Sechs Stunden, nachdem dieser Kommentar zur Post gebracht worden war, hat das Innenministerium der Sowjetzone den Interzonenpaßzwang aufgehoben, wobei jedermann weiß, daß die Anweisung aus Earlshorst erfolgte.

Nun ist es leider nicht so, daß die Anordnungen der Sowjets einen völlig ungehinderten Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone gestatten würden. Es bleibt das Erschwernis der Aufenthaltserlaubnis. Trotz dieser Einschränkungen aber kann die neue Regelung unzweifelhaft als ein Fortschritt begrüßt werden.

Die SPD hat mit Recht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß ihre Initiativen in dieser Frage nicht zuletzt dieses günstige Zwischenergebnis erreicht haben. Noch im alten Bundestag haben sozialdemokratische Sprecher von den Westmächten die Aufhebung des Interzonenpasses verlangt. Erich Ollenhauer schnitt in seiner Rede am 28. Oktober im Bundestag konkret dieses Problem an, und die sozialdemokratische Kritik an dem zögernden Verhalten der Bundesregierung, als die Westmächte von sich aus bereit waren, auf den Interzonenpaß zu verzichten, dürfte ein Übriges getan haben, um die Westmächte zu der Aufhebung des Interzonenpaßzwanges zu bewegen.

Mit guten Argumenten hat sich die Sozialdemokratie in vielen Fällen gegen eine Vorleistungspolitik der Bundesregierung ausgesprochen, die auf dem Wege zur Einheit Deutschlands hinderlich ist. Ihre Initiativen in der Frage des Interzonenpasses dürften bewiesen haben, daß eine Vorleistungspolitik im guten Sinne zu Erfolgen führen kann.

+ + +

### Interessengruppen im Bonner bürokratischen Dschungel

Lobby ist das englische Wort für Laubengang. So werden auch die Wandelgänge im Kongreßgebäude der Vereinigten Staaten bezeichnet. Lobbying ist der Ausdruck für Interventionen von Wählern, Interessenten und Interessengruppen bei Parlamentariern, die in den USA häufig in den Wandelgängen des Kongreßgebäudes stattfinden. Das Wort fand Eingang in verschiedene europäische Sprachen und umfaßt als Begriff heute auch die Beeinflussung von Abgeordneten und Ministerialbürokraten außerhalb des Parlamentes.

Inzwischen steht der Begriff "die Lobby" für die gesamte Gruppe solchermaßen Beschäftigter, die man auch als "Lobbyisten" bezeichnet. Lobbyisten können Leute sein, die z.B. bei einflußreichen Abgeordneten antichambrieren oder selbst Sitz und Stimme im Parlament haben. Meistens denkt man dabei an Vertreter von Interessengruppen, die auch in der politischen Meinungsbildung oft eine entscheidende Rolle spielen. Im letzten Bundestag beispielsweise hat das unerschöpfliche Reservoir von "Fachleuten" der verschiedensten Verbände in manchen Ausschüssen ausgesprochene "Interessen-Inseln" geschaffen.

#### Böse oder harmlos

Im Lobbyismus findet man böse und auch harmlose Tendenzen, die mehr oder weniger in der Natur seiner Aufgabe liegen. Wer heute Spaliergänge durch Bonn und Bad Godesberg macht, findet hunderte von Schildern an mehr oder weniger repräsentativen Gebäuden, von denen viele nachdenklich stimmen. Daß sich in der Metropole eines Staates, in der Nähe von Regierung und Parlament, hunderte von Zentralverbänden, Treuhandstellen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsausschüssen, Vereinigungen, Genossenschaften, Fachverbänden, Interessengemeinschaften und Bünden niederlassen, ist beinahe selbstverständlich. Daß deren Arbeit nicht ausnahmslos stubenrein ist, dafür gibt es manche Beispiele. So z.B., wenn der Fachverband Feuerfeste Industrie den bürgerlichen Parteien 7000 M zufließen läßt und seinen angeschlossenen Industriezweigen die tröstliche Mitteilung macht, daß eine Inanspruchnahme der einzelnen Firmen nicht in Frage komme.

#### Mit offenen Karten

Die offiziös anerkannte Aufgabe der Verbände ist klar umrissen. Sie nehmen Kontakt mit Parlamentariern und den Ministerien auf, um diese fachlich zu unterrichten bzw. ihre Interessen geltend zu machen. Dabei liegt das Schwergewicht eindeutig bei dem Kontakt zu den Ministerien. Wenn Parlament und Regierung an verschiedenen Orten residierten, die Verbände wären sicher am Domizil der Ministerien. Die Kontaktinitiative geht sehr häufig auch von den Fachreferenten der Ministerien aus, die sich über bestimmte Spezialfragen bei den Geschäftsführern oder Sachbearbeitern der Verbände informieren, um sich ein Bild über das Für und Wider eines Gesetzentwurfes oder einer Verordnung zu machen. Über seine Arbeitsweise von uns befragt, erklärte der Geschäftsführer eines der bereits genannten Verbände, daß er bei seinen Interventionen bei Parlament und Regierung aus Eigeninteresse immer mit offenen Karten spiele. Denn es könne wohl ein- oder zweimal gelingen, einen Fachreferenten oder Abgeordneten zu überspielen und hinteres Licht zu führen, dann aber wäre auch die Verbindung geplatzt und die Einflußmöglichkeiten für Jahre beschränkt. Das könne sich kein Verband leisten.

Große Einflußmöglichkeiten

Je größer und mächtiger ein Verband ist, je größer sind natürlich auch seine Einflußmöglichkeiten. In diesem Falle ist ein Zusammenspiel von Lobbyisten im Parlament, in den Ministerien und der freien Wirtschaft sehr gut möglich, wenn dazu eine frühere Tätigkeit in den Verbandsindustrien vorliegt und eine Art "Corpsgeist" noch lebendig ist. Solch ein Goliath unter den Verbänden ist der Bundesverband der Deutschen Industrie, dessen Präsident Fritz Berg ein sehr guter Freund des Wirtschaftsministers Prof. Ludwig Erhard ist. Im Bundesverband der Deutschen Industrie sind ca. 37 große Einzelindustrieverbände zusammengeschlossen, in manchen spielen Bundestagsabgeordnete eine hervorragende Rolle.

Allein im Berichtsjahr vom 1.5.1952 bis 30.4.1953 hat der BDI 221 wichtige Eingaben an Parlament und Regierung gerichtet, die sich mit Fragen des Außenhandels, Interzonenhandels, Rechtswesens, Verkehrswesens, Versicherungswesens, Industrie-Luftschutzes, Wohnungs- und Siedlerwesens sowie der Steuern, Auslandsschuldenregelung und der allgemeinen Volkswirtschaft befaßten.

Daß der BDI alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Beziehungen eingesetzt hat, über diese Eingaben eine für den BDI positive gesetzgeberische Aktion zu erwirken, ist wohl kaum zu bezweifeln.

Wahlkreispatritismus

Eine besondere Art von Lobby kann der Wahlkreispatritismus der Abgeordneten sein. Es gibt viele Abgeordnete, die sich als Bittsteller an die Exekutive wenden (die sie eigentlich zu überwachen und zu beaufsichtigen haben), um ein bestimmtes verkehrs- oder bauwirtschaftliches Projekt ihres heimatlichen Wahlkreises durchzusetzen. Sie lassen dazu ihre Verbindungen "spielen" und boxen sich nach dem Grundsatz: "right or wrong, mein Wahlkreis" - auch oftmals durch. Der Abgeordnete ist dem ganzen Volke verpflichtet und hat die Interessen des Ganzen zu wahren. Die Mittel, die er beispielsweise dann locker macht, entfallen für den Bau einer Straße, die in einer anderen Gegend liegt und eventuell dränglicher ist. Das Motiv in diesem Falle ist zweifellos ehrenwert, aber nicht korrekt.

Manche Interessenskollisionen der Verbände wirken sich im parlamentarischen Raum oft hochpolitisch aus. In der CDU-Fraktion steht der Industrieflügel sehr häufig im schärfsten Gegensatz zum Landwirtschaftsflügel und zwischen beiden herrscht eine Spannung, die die landsmannschaftliche bei weitem übersteigt. Die echte Bösartigkeit des Lobbyismus beginnt dort, wo manche Leute glauben, im Trüben fischen zu können. Wenn das ganze Lobby-Problem an und für sich bedenklich ist und eine permanente Bedrohung der Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten und der Objektivität der Regierungsbeamtenschaft darstellt, so reißen die Auswüchse noch beängstigendere Perspektiven auf.

Bonner Büros

Es existieren in Bonn Büros, denen man die Unseriosität auf Anhieb anmerkt und die in diese ganze, sowieso schon leidige Prozedur einen kriminellen Akzent hineinbringen. Dort sitzen meistens Gentlemen, die nach Rissen in der moralischen Struktur verantwortlicher Leute suchen und dann für wechselnde Auftraggeber üble Geschäfte besorgen. Aus dieser Bewährungsprobe ist der letzte Bundestag in seiner Ganzheit nicht unschuldig hervorgegangen. Die Hintermänner bleiben meist unbekannt. Ihre Tätigkeit bleibt im Halbdunkel und obskur. Man weiß nie genau, woran man damit ist.

(Aus "Elarer Kurs", Zeitschrift der Jungsozialisten)

Verantwortlich: Peter Raunau